

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
8 (1894)**

294 (19.12.1894)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-218303](#)

Norddeutsches Volksblatt.

Gefeiert täglich
mit Ausnahme der Tage nach Sonn-
und festlichen Feiertagen.
Zeitung bis viergeschallte Seite 10 A
bei Wiederholungen zweimal.
Veröffentlichungskosten 40 Pf.

Organ für Vertretung der Interessen
des werthätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolfstraße Nr. 1.

Abonnement
bei Herausgabezeitung frei in's Haus:
vierjährlich 2,10,-
für 2 Monate 1,40,-
für 1 Monat 0,70,-
eigl. Postbeleggeld.

Ausgabezeitung für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Gedruckte Interesse werden früher erbeten.

Nr. 294.

Bant, Mittwoch den 19. Dezember 1894.

8. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung. Sonnabend den 16. Dezember.

Am Bundesäthelth: Reichstagsfürst Hohenlohe und die Minister v. Soesth, d. Vaterwelt, v. Marck und Schönstedt.

Das Haus legt die Befreiung der Interpellation Basche-

Sriedberg, betreffend die Buderbestellung fort.

Abg. Alex. Meyer (Bdg.) führt aus, dass die Zuckerindustrie

nur an dem Mangel inländischer Konsumen leide; dem sei aber

abzuheben, dass die Staatsdiktoren nur durch die Erhöhung oder die

Abföhlung der Zuckertaxe.

Abg. Sriedberg (Bdl.) weist Richter's Anträge gegen die

sozialdemokratischen Gesetze mit dem Hinweis auf dessen

rechtsstaatlichen Gesetzen in der freisinnigen Partei, dass mehr als

als Kreuzzeitungspolitik den Rückzug des Liberalismus verhindere.

Rebner erwidert dann die Zuckersteuertaxe im Sinne des gestrichenen

Wahlprogramms.

Abg. Wurm (Ses.): Die Anhänger der Zuckerindustrie haben uns wider das habe ich von der Rübe gelungen. Ich kann Ihnen dagegen nur wiederholen vorhalten, dass überall da, wo der Rübenbau in Nachfrage gekommen ist, eine Verleidung des Rübenanbaus eingetreten ist. Reiner spricht sich gleich seinem Fraktionsgenossen Prof. Gotha gegen den Fortbestand der Rübenförderprämien und vor allem gegen ihre Erhöhung aus.

Nach einigen Ausführungen des Abg. Limburgs-Stürum wird die Debatte geschlossen.

Damit ist die Befreiung der Interpellation beendet.

Es folgt der mündliche Bericht der Geschäftsförderungskommission über das Schreiben des Herrn Reichstagsfürsten, betreffend die Frage der kroatische Besetzung des Abg. Sieboldt wegen Majestätsbeleidigung. Die Kommission beantragt, die Genehmigung hierzu nicht zu ertheilen.

Hierzu liegt eine Resolution Abt und Genossen vor, die Geschäftsförderung baldmöglichst in dem Sinne zu ändern, dass die Disziplinargewalt des Präsidenten verlastet werde.

Revisor Abg. Viechtel (Mail) erlässt Bericht über die

Verhandlungen der Kommission und konstatiert, dass über zwei Stimmen voller Zustimmung genehmigt habe: 1) hat die Kommission, allerdings mit Abschaffung des Abg. Singer, gemeint, dass die Signatur des Abg. Sieboldt aus d. R. als eine Verleidung der

Gesetze der meisten Mitglieder des Hauses und als ein Versuch gegen die Macht des Hauses zu betrachten ist. 2) hat man es

aber nicht für angängig erachtet, Mitglieder der sozialdemokratischen Partei anzuzeigen zu wollen, die derartigen Zusammensetzung Gefühle zu

auslösen, welche sie juristisch nicht haben. Fast einstimmig lagte die Kommission, die Immunität sei in erster Linie zu wahren, umso mehr als hier der erste Versuch des Staatsanwalts vorliege, in das Innere des Reichstages zu dringen. Weiter wurde Berch auf Artikel 27 der Verfassung gelegt, welcher besagt, dass der Reichstag seine Disziplin selbst habe. Die entgegenstehende Gruppe in der Kommission wollte auch das Prinzip der Immunität gewahrt wissen, weil der Artikel 30 nicht für vorliegend, da für das Signieren nicht als eine Neuerung betrachtet. Sie legte, die Sache sei weniger juristisch als politisch zu bearbeiten, da die Majestätsbeleidigung gewisslich politischen Charakter habe. Die heutige Gesellschaft habe ein einmütiges Interesse daran, dass die Majestät nicht verletzt werde. Die Kommission hat schließlich mit 9 gegen 4 Stimmen den Antrag der Staatsanwaltschaft abgelehnt und es wurde dem Referenten ausdrücklich der Auftrag, es aufzupresen, dass alle Mitglieder der Kommission auch die Artikel 30 und 27 der Verfassung für verletzt halten.

Abg. Koester (Benz.): Was die Stellung meiner Partei anlangt, so weiß ich nur auf die langjährigen rückwärtigen Taten meiner Partei hin, welche ich höchstens rechtlich erscheinen lassen, dass die Partei seit die rechte Erfahrung vom Monarchen vertreten und bestimmt worden ist. Aber diese persönliche Erfahrung muss juristisch in dem vorliegenden Falle, damit sie mich nicht beschädigen kann, wie sie für die ganze konstitutionelle Freiheit des Reichstages verhängnisvoll werden müssten. Der vorliegende Antrag des Staatsanwalts ist ein solcher, dass ich, als ich denselben zum ersten Male in den Zeitungen las, es für ein Rätsel halten musste, und als derdele dann hier im Hause eingelaufen war, dass sich die öffentliche Meinung mit einer Einigungslinie abgesprochen, wie sie bei anderen Institutionen wohl kaum aufgetreten ist. Der Antrag an sich habe wenig Bedeutung, wenn er die Initiative des Staatsanwalts allein entbringen würde. Es ist aber anzunehmen, dass der Antrag, wenn nicht auf Veranlassung, so doch durch Genehmigung des oberen Oberrates der Justizverwaltung ist. Mit diesem Schritte würde sich der Oberrat der Justizverwaltung etwas auffallend eingeschoben haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten) Es ist nicht zu leugnen, dass manche Entscheidungen des Reichstagsrecht ein Kopftuch erweisen. Nicht zu bestreiten ist doch, dass das Ergebnis von den Sängern und das Einstimmen in das Hoch ein Alt der Loyalität und der Huldigung ist. Dieses Gesetz wurde der Alt aber vollständig entfeilt und überholt werden, wenn die Theologen daran erproben werden können. (Beifall bei den Sozialdemokraten) Rückschlüsse sind für und Art. 30 der Verfassung gewünscht, nach einem der Anträge abgelehnt werden muss, und es freut mich, derjenigen Auffassung nicht wieder beigegeben zu sein, dass ein Abgeordneter zwar fehlerlos bleibt, wenn einer Handlung in der Ausübung seiner Macht, das er aber nicht in Ausübung seines Beauftragt ist, wenn er eine falsche Handlung begibt. (Dreiterter). Unter "Neuerung" im Sinne des Artikels 30 ist jedenfalls nicht nur jede mündliche gemeint, sondern Sines und Zwees dieser Artikel ist der, dem Abgeordneten für seine Thatigkeit als solcher volle Freiheit zu gewähren. Eine andere Frage ist es, ob nicht das Haus aus sich heraus Mittel und Wege finden soll zur Begrenzung ähnlicher Vorlommisse. Aber der Vorgang am 16. Dezember kann den Reichstag nicht verlaufen, sein Heil, selber zu definieren, aus der Hand zu geben. Auch in einem früheren Falle vor zwei Jahren ist ja das Haus, einschließlich der Konferenzzonen, darum gewesen, dass dieses Heil nicht nehmen zu lassen. In gleicher Weise haben sich 1879 Herr von Höhendorf und Fürst Hohenlohe-Langenburg, der jetzt Statthalter von Elsass-Lothringen, ausgesprochen. Thalbüttel entspricht es auch wieder der Würde des Reichstages noch der notwendigen Freiheit, wenn das Haus Tag über hier verhandelt und Abends legt sich der Staatsanwalt

hin und lässt die Verhandlungen durch, um zu sehen, ob nicht irgendwo Grund ist ihm zum Angriffen gegeben ist. Ich sehe vorauß, dass der Reichstag ja wohl einmal erwogen wird, ob es einer Bestrafung seiner Disziplinargewalt bedarf. Solche Erwägungen können und dürfen aber nicht, wie ich die Resolution Abt einstufte, gerden im Anschluss an den Fall vom 6. Dezember stattfinden (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), das sich ja gerade so aus, ob es der Antrag des Staatsanwalts bestellt ist, bestätigte, hätte, wenn der Reichstag zu solchen Erwägungen und zu einer Bestrafung der Disziplinargewalt des Reichstages zu veranlassen. (Sehr richtig! Abg. Sriedberg)

Reichstagsfürst Hohenlohe: Dem Rechte der Immunität hat der Staatsanwalt mit seinem Antrag nicht entgegengestellt.

Ein Teil der sozialdemokratischen Partei hat sich gemeinsam,

bei einem Hoch auf Seine Majestät aufgestanden. Bei dem sich

auferhenden Unwillen bedauerte der Präsident, dass er kein Mittel

hat, um diesem Gehabe entgegenzutreten. Das gilt hieraus

meines Erachtens ergebende Folge ist, dass die Strafgerichte ein-

schieden (Widerpruch und Lachen). Meines Erachtens müsste der

Reichstag in die Lage versetzt werden, zu entscheiden ob er eine

Bestrafung der Disziplinargewalt des Reichstages zu veranlassen.

(Sehr richtig! Abg. Sriedberg)

Reichstagsfürst Hohenlohe: Dem Rechte der Immunität

hat der Staatsanwalt mit seinem Antrag nicht entgegengestellt.

Ein Teil der sozialdemokratischen Partei hat sich gemeinsam,

bei einem Hoch auf Seine Majestät aufgestanden. Bei dem sich

auferhenden Unwillen bedauerte der Präsident, dass er kein Mittel

hat, um diesem Gehabe entgegenzutreten. Das gilt hieraus

meines Erachtens ergebende Folge ist, dass die Strafgerichte ein-

schieden (Widerpruch und Lachen). Meines Erachtens müsste der

Reichstag in die Lage versetzt werden, zu entscheiden ob er eine

Bestrafung der Disziplinargewalt des Reichstages zu veranlassen.

(Sehr richtig! Abg. Sriedberg)

Reichstagsfürst Hohenlohe: Dem Rechte der Immunität

hat der Staatsanwalt mit seinem Antrag nicht entgegengestellt.

Ein Teil der sozialdemokratischen Partei hat sich gemeinsam,

bei einem Hoch auf Seine Majestät aufgestanden. Bei dem sich

auferhenden Unwillen bedauerte der Präsident, dass er kein Mittel

hat, um diesem Gehabe entgegenzutreten. Das gilt hieraus

meines Erachtens ergebende Folge ist, dass die Strafgerichte ein-

schieden (Widerpruch und Lachen). Meines Erachtens müsste der

Reichstag in die Lage versetzt werden, zu entscheiden ob er eine

Bestrafung der Disziplinargewalt des Reichstages zu veranlassen.

(Sehr richtig! Abg. Sriedberg)

Reichstagsfürst Hohenlohe: Dem Rechte der Immunität

hat der Staatsanwalt mit seinem Antrag nicht entgegengestellt.

Ein Teil der sozialdemokratischen Partei hat sich gemeinsam,

bei einem Hoch auf Seine Majestät aufgestanden. Bei dem sich

auferhenden Unwillen bedauerte der Präsident, dass er kein Mittel

hat, um diesem Gehabe entgegenzutreten. Das gilt hieraus

meines Erachtens ergebende Folge ist, dass die Strafgerichte ein-

schieden (Widerpruch und Lachen). Meines Erachtens müsste der

Reichstag in die Lage versetzt werden, zu entscheiden ob er eine

Bestrafung der Disziplinargewalt des Reichstages zu veranlassen.

(Sehr richtig! Abg. Sriedberg)

Reichstagsfürst Hohenlohe: Dem Rechte der Immunität

hat der Staatsanwalt mit seinem Antrag nicht entgegengestellt.

Ein Teil der sozialdemokratischen Partei hat sich gemeinsam,

bei einem Hoch auf Seine Majestät aufgestanden. Bei dem sich

auferhenden Unwillen bedauerte der Präsident, dass er kein Mittel

hat, um diesem Gehabe entgegenzutreten. Das gilt hieraus

meines Erachtens ergebende Folge ist, dass die Strafgerichte ein-

schieden (Widerpruch und Lachen). Meines Erachtens müsste der

Reichstag in die Lage versetzt werden, zu entscheiden ob er eine

Bestrafung der Disziplinargewalt des Reichstages zu veranlassen.

(Sehr richtig! Abg. Sriedberg)

Reichstagsfürst Hohenlohe: Dem Rechte der Immunität

hat der Staatsanwalt mit seinem Antrag nicht entgegengestellt.

Ein Teil der sozialdemokratischen Partei hat sich gemeinsam,

bei einem Hoch auf Seine Majestät aufgestanden. Bei dem sich

auferhenden Unwillen bedauerte der Präsident, dass er kein Mittel

hat, um diesem Gehabe entgegenzutreten. Das gilt hieraus

meines Erachtens ergebende Folge ist, dass die Strafgerichte ein-

schieden (Widerpruch und Lachen). Meines Erachtens müsste der

Reichstag in die Lage versetzt werden, zu entscheiden ob er eine

Bestrafung der Disziplinargewalt des Reichstages zu veranlassen.

(Sehr richtig! Abg. Sriedberg)

Reichstagsfürst Hohenlohe: Dem Rechte der Immunität

hat der Staatsanwalt mit seinem Antrag nicht entgegengestellt.

Ein Teil der sozialdemokratischen Partei hat sich gemeinsam,

bei einem Hoch auf Seine Majestät aufgestanden. Bei dem sich

auferhenden Unwillen bedauerte der Präsident, dass er kein Mittel

hat, um diesem Gehabe entgegenzutreten. Das gilt hieraus

meines Erachtens ergebende Folge ist, dass die Strafgerichte ein-

schieden (Widerpruch und Lachen). Meines Erachtens müsste der

Reichstag in die Lage versetzt werden, zu entscheiden ob er eine

Bestrafung der Disziplinargewalt des Reichstages zu veranlassen.

(Sehr richtig! Abg. Sriedberg)

Reichstagsfürst Hohenlohe: Dem Rechte der Immunität

hat der Staatsanwalt mit seinem Antrag nicht entgegengestellt.

Ein Teil der sozialdemokratischen Partei hat sich gemeinsam,

bei einem Hoch auf Seine Majestät aufgestanden. Bei dem sich

auferhenden Unwillen bedauerte der Präsident, dass er kein Mittel

hat, um diesem Gehabe entgegenzutreten. Das gilt hieraus

meines Erachtens ergebende Folge ist, dass die Strafgerichte ein-

schieden (Widerpruch und Lachen). Meines Erachtens müsste der

Reichstag in die Lage versetzt werden, zu entscheiden ob er eine

Bestrafung der Disziplinargewalt des Reichstages zu veranlassen.

(Sehr richtig! Abg. Sriedberg)

Reichstagsfürst Hohenlohe: Dem Rechte der Immunität

hat der Staatsanwalt mit seinem Antrag nicht entgegengestellt.

Ein Teil der sozialdemokratischen Partei hat sich gemeinsam,

bei einem Hoch auf Seine Majestät aufgestanden. Bei dem sich

auferhenden Unwillen bedauerte der Präsident, dass er kein Mittel

hat, um diesem Gehabe entgegenzutreten. Das gilt hieraus

meines Erachtens ergebende Folge ist, dass die Strafgerichte ein-

schieden (Widerpruch und Lachen). Meines Erachtens müsste der

Reichstag in die Lage versetzt werden, zu entscheiden ob er eine

Bestrafung der Disziplinargewalt des Reichstages zu veranlassen.

(Sehr richtig! Abg. Sriedberg)

Reichstagsfürst Hohenlohe: Dem Rechte der Immunität

hat der Staatsanwalt mit seinem Antrag nicht entgegengestellt.

Ein Teil der sozialdemokratischen Partei hat sich gemeinsam,

bei einem Hoch auf Seine Majestät aufgestanden. Bei dem sich

auferhenden Unwillen bedauerte der Präsident, dass er kein Mittel

hat, um diesem Gehabe entgegenzutreten. Das gilt hieraus

meines Erachtens ergebende Folge ist, dass die Strafgerichte ein-

schieden (Widerpruch und Lachen). Meines Erachtens müsste der

Reichstag in die Lage versetzt werden, zu entscheiden ob er eine

Bestrafung der Disziplinargewalt des Reichstages zu veranlassen.

(Sehr richtig! Abg. Sriedberg)

Reichstagsfürst Hohenlohe: Dem Rechte der Immunität

hat der Staatsanwalt mit seinem Antrag nicht entgegengestellt.

Ein Teil der sozialdemokratischen Partei hat sich gemeinsam,

bei einem Hoch auf Seine Majestät aufgestanden. Bei dem sich

auferhenden Unwillen bedauerte der Präsident, dass er kein Mittel

hat, um diesem Gehabe entgegenzutreten. Das gilt hieraus

meines Erachtens ergebende Folge ist, dass die Strafgerichte ein-

schieden (Widerpruch und Lachen). Meines Erachtens müsste der

Reichstag in die Lage versetzt werden, zu entscheiden ob er eine

Bestrafung der Disziplinargewalt des Reichstages zu veranlassen.

(Sehr richtig! Abg. Sriedberg)

Reichstagsfürst Hohenlohe: Dem Rechte der Immunität

hat der Staatsanwalt mit seinem Antrag nicht entgegengestellt.

Ein Teil der sozialdemokratischen Partei hat sich gemeinsam,

bei einem Hoch auf Seine Majestät aufgestanden. Bei dem sich

auferhenden Unwillen bedauerte der Präsident, dass er kein Mittel

hat, um diesem Gehabe entgegenzutreten. Das gilt hieraus

meines Erachtens ergebende Folge ist, dass die Strafgerichte ein-

schieden (Widerpruch und Lachen). Meines Erachtens müsste der

Reichstag in die Lage versetzt werden, zu entscheiden ob er eine

Bestrafung der Disziplinargewalt des Reichstages zu veranlassen.

(Sehr richtig! Abg. Sriedberg)

Reichstagsfürst Hohenlohe: Dem Rechte der Immunität

hat der Staatsanwalt mit seinem Antrag nicht entgegengestellt.

Ein Teil der sozialdemokratischen Partei hat sich gemeinsam,

bei einem Hoch auf Seine Majestät aufgestanden. Bei dem sich

auferhenden Unwillen bedauerte der Präsident, dass er kein Mittel

hat, um diesem Gehabe entgegenzutreten. Das gilt hieraus

meines Erachtens ergebende Folge ist, dass die Strafgerichte ein-

schieden (Widerpruch und Lachen). Meines Erachtens müsste der

Reichstag in die Lage versetzt werden, zu entscheiden ob er eine

Bestrafung der Disziplinargewalt des Reichstages zu veranlassen.

(Sehr richtig! Abg. Sriedberg)

Reichstagsfürst Hohenlohe: Dem Rechte der Immunität

hat der Staatsanwalt mit seinem Antrag nicht entgegengestellt.

Ein Teil der sozialdemokratischen Partei hat sich gemeinsam,

bei einem Hoch auf Seine Majestät aufgestanden. Bei dem sich

auferhenden Unwillen bedauerte der Präsident, dass er kein Mittel

hat, um diesem Gehabe entgegenzutreten. Das gilt hieraus

meines Erachtens ergebende Fol

neuzeugen und religiösen Überzeugung auszeichnen werden. Sie möchten ja alle solche Redner aus dem Reichstage herausdrängen und ganz allein hier bleiben. Das ist ja einiger Jammer, doch Sie nicht die Majorität haben. Sie möchten und alle nach Kamerun u. s. schließen, die Wacht werden Sie aber nicht bekommen, Sie können machen, was Sie wollen. Man hat auf den Treuhand in Sachen und Dingen bewiesen. Wie haben hier noch keinen Eid auf die Verfassung, aber wenn Sie ihm einholen, schwören wir Ihnen auch. (Große Lärmstörung; Ruf rechts: Gemeine!) Wer einmal dem König von Hannover den Treuhand geleistet hat und nachdem dem König von Preußen soll von politischer Heilsfreiheit nicht sprechen. (Große Lärmstörung, Glocke des Brändenb.) Wenn Hannover damals nicht anerkannt wäre und es wäre zu einem ähnlichen Friedensvertrag zwischen dem König von Hannover und dem König von Preußen gekommen, wie zwischen diesem und dem König von Sachsen, so hätte darin dieselbe Bestimmung enthalten sein müssen, wie in dem schriftlichen Vertrag, der also die, welche sich während des Krieges landesherrlicher Handlungen zu Schulden kommen liegen, amnestiert werden. Das wäre auch in Hannover nichts gewesen. Das liegt ich selbstverständlich nicht gegen Sie, Herr v. Bemmigen, Sie nehmen ich immer aus. (Weiterreden) — Grade die nationalliberalen fann am wenigsten anderer Parteien Vorlesungen über ihre Ausgrabungen halten. Was haben denn Ihre Parteifans in der Konstituiertheit alles gegen den frühesten Bismarck gehabt. Die Nationalliberalen sind vor 1866 dem Hoch auf den König von Preußen auch gegen gestanden. (Gedächtnis Rückspruch bei den Nationalliberalen.) Was waren denn gewisse Nationalliberalen 1868: Kommunisten, Arbeitern, Republikaner und Organisatoren von Bauernstaaten. Wenn man dann die Entwicklung von links nach rechts durchmachen hat, vom revolutionären Republikaner zum konstitutionellen Monarchen in Wahlkämpfen, dann soll man nicht von Untergrabung der Autorität reden. Zur Untergrabung der Autorität darf nicht die Sozialdemokratie das Rechte begegnen, sondern Sie von den Rechten und die Regierungspolitik. Nehmen wenden Sie gegen den national liberalen Antrag; alle in anderen Parlamenten vorhandenen Strophen würden nicht anzuwenden sein auf den Fall Biedenkopf-Rübenau und die französischen, englischen und amerikanischen Freiheiten ein, dann kann wohl wie die strengsten Disziplinarmaßregeln mit in den Raum nehmen. Aber die eingebrachte Resolution zeigt die deutliche Bedeutung. (Große Lärmstörung rechts; Präsident von Levetzow ruft den Redner wegen Beleidigung der deutschen Nation zur Ordnung.) Herr v. Bemmigen appelliert an den Zusammenschluß aller Parteien. Wie sind doch nicht die Ursache, daß sie sich nicht vereinigen können. Sie sind sich die Ursache, weil Sie zu Hause ganz verschiedene Klasseninteressen zu vertreten haben. Das ist die Beschränktheit der Interessen werden Sie sich nicht vereinen, und wenn Sie sich vereinen, dann ist es zu spät! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Persönlich bemerkt:
Herr v. Bemmigen, daß er ganz öffentlich seit 1859 eine Verfolgung verlangt, wie wie sie jetzt beginnen; von Treuhand gegen den König von Hannover nicht die Rede sein; er habe auch niemals die Annelie von Hannover an Preußen befürwortet, sondern alles bis zum Zusammenbruch verschaut, um dieses Unheil abzuwenden.

In einer wichtigen Abstimmung wird der Kommissionsantrag mit 168 gegen 55 Stimmen angenommen; Abg. Biedenkopf enthält nach der Abstimmung. — Die Resolution wird gegen die Stimmen der vier Parteien der Linken angenommen.

Der Präsident schlägt vor, am Montag, 12 Uhr, die erste Bevollmächtigung der Umsatzvorlage zu beginnen. Abg. Lenzmann widerspricht. Die Abstimmung muß durch Abstimmung erfolgen und ergibt bei 197 Mitgliedern die Beschlussfähigkeit des Hauses. Es stimmen 101 für, 96 gegen den Montag. Der Präsident segnet darauf aus eigener Nachvollkommenheit die nächste Sitzung auf Montag, 12 Uhr, fest.

Politische Rundschau.

Bant, den 17. Dezember.

Der Reichstag hat gestern vor Weihnachten seine letzte Sitzung abgehalten und diese war nur eine halbe. Denn die beiden Sozialdemokraten beantragten nach der Rede des Staatssekretärs Niebergang, dem die nicht bereidenwerthe Aufgabe zugefallen war, die Umsatzvorlage zu begründen, die Vertragung der Beratung nach dem Feste. Da die anderen Parteien keine Lust hatten, diesen Antrag zu unterstützen, so bewiesste der sozialdemokratische Austrittsteller Singer die Beschlussfähigkeit des Hauses. Der Kammerauftritt ergab die Anwesenheit von nur 158 Mitgliedern, also die Beschlussfähigkeit. Es schien hauptsächlich der größte Theil der konservativen Fraktionen. Am stärksten waren die Sozialdemokraten und das Zentrum vertreten. Der Präsident v. Levetzow schloß mit Bedauern die Sitzung und beruhmte die nächste Sitzung auf den 8. Januar an. Dieser Bedauern hatte er sich erparen können, wenn er der allgemeinen Stimmung des Reichstages, welcher die Umsatzvorlage vor den Freien nicht mehr beraten wollte, Rechnung getragen hätte. Wie oben schon angekündigt, hat in dieser verunglückten Sitzung der gen. Staatssekretär die Umsatzvorlage begründet, natürlich nur bei den unbedingten Anhängern eines Sozialisten-Gesetzes Beifall gefunden. Der Regierungsvorsteher bestreitet, daß die Vorlage spontan und unter dem Eindruck der Attentate in Frankreich entstanden sei, sondern sie sei die notwendige Folge der Aufsiedlung des Sozialistengesetzes. Neuss konnte er zur Begründung nicht beibringen und waren es wirklich „Die Kämme“, wie ihm ein Mitglied der linken Seite des Hauses zufiel, worüber der Herr Staatssekretär sich sehr gefalzt fühlte. Reden der Attitzen von Artikeln des „Sozialist“ miften ausländische Anarchistenblätter und sogar Flugblätter und Broschüren von respektablen Alter herhalten. So zog der Staatssekretär eine Schrift des russischen Anarchisten-Kropotkin an, die an 25 Jahre alt ist und womit man noch nicht einmal das Sozialistengesetz zu begründen versucht hat. Der Herr Staatssekretär verzögerte sich jedoch in Folge der Hinweise der Abg. Ritter und Böckem in der Staatsdebatte auf die Staatskünste im „Bormärkte“ u. a. Bl. und die Thatsache, daß in Gegenenden, in welchen die Sozialdemokratie dominante, weniger gemeine Verbrechen vorkommen, als in anderen Gegenenden, zu der Behauptung, die Statistik wäre falsch und es würden sehr viele Sozialdemokraten wegen gemeiner Verbrechen bestraft. Nun in der Debatte werden ihm unsere Freunde die Antwort nicht schuldig bleiben.

Zur „Rettung des Handwerks“ haben die konservativen Abgeordneten Kampf, v. Karstorff, Mirbach und Graf v. Amin folgenden Antrag beim Reichstage eingebracht. Der Reichstag wolle beschließen: Den Herrn Reichskanzler zu erlauben, mit möglichster Beschränkung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen 1) dem ge-

sammten Handwerk eine organisierte Vertretung in Handwerkskammern gegeben wird, denen die Beaufsichtigung des Vertragswechsels, des Herbergergewerbes u. s. w. sowie die Aufgabe zu übertragen wären, die Interessen des Handwerks in technischer und wirtschaftlicher Beziehung zu vertreten; 2) Diejenigen von der Ausübung des handwerksmäßigen Betriebes ausgeschlossen werden, welche ihre Beschäftigung zu diesem Betrieb nicht durch eine längere Ausbildung als Lehrling und Geselle dargebracht haben (Beschäftigungsnachweis); (sich wieder die abgeklappte Melodie vom Beschäftigungsnachweis!) Bei den Bundesregierungssitzungen röhrt es sich, daß die die Handwerker schädigende Beschränkung der Strafgefangenen nach Möglichkeit eingeschränkt werde.

Um die Tabaksteuerpläne scheint es nicht zu bestreiten zu sein, d. h. nicht gut für die treibenden Finanzminister. Selbst im nationalliberalen Lager läßt man bereits die Hoffnung sinken. Das Organ des Herrn v. Bemmigen, der „Hann. Cour.“, erklärt ganz klar: „Die Verbesserung in der Einbringung der Tabaksteuer vorlage im Bundesrat wird vielfach bemerkt. Ein Blatt findet die Erklärung darin, daß „man anscheinend doch noch vorher eine Verständigung zwischen den Finanzministern der Einzelstaaten erzielen möchte“. Es scheint aber, daß eine solche Verständigung in den letzten Tagen wieder erschwert worden ist, denn die bayrische Regierung soll den schon vor mehreren Monaten von der „Deutschen Tabak-Zeitung“ mitgeteilten Plan, die billigsten Sorten Rauchtabak mit einem niedrigeren Steuersatz zu beladen, wieder aufgenommen haben. — Wenn, wie es scheint, auch jetzt noch tatsächlich keine Einigung zwischen den Regierungen erzielt ist, so spricht das in der That für den Plan, für das kommende Staatsjahr unter der erfreulichen Wirkung eines glücklicheren finanziellen Abschlusses und unter Zurückstellung größerer, nicht drängender Aufgaben sich noch einmal ohne neue Steuern zu bedienen.“ — Die Finanzminister und die Nationalliberalen mögen darum trauen; das Volk wird über solchen Ausgang nur Genehmigung empfinden.

Polizei, Post und Sozialdemokratie. Unserem Frankfurter Parteidienst hat ein günstiger Wind einige amtliche Altenstücke auf den Tisch geweht, welche beweisen, wie liebwohl Aufmerksamkeit die verschiedensten Behörden der Sozialdemokratie schenken und wie sie sich mit einer Schnelligkeit, die auch für die Erledigung anderer Geschäfte zu wünschen wäre, von allen mit der Sozialdemokratie irgendwie in Verbindung stehenden Vororten gegenseitig unterrichten. Raum hatte der sozialdemokratische Parteidienst in Frankfurt a. M. stattgefunden, als auch schon der Polizeipräsident v. Mülling ömtlich und vertraulich der dortigen Oberpolizeidirektion von diesem Ereignis Kunde gab, unter dem Hinweis, daß der Garnison bereit das Betreten des so entweihten Cafés „Zur Lilie“ in Bornheim verboten sei. Dieser arme Wind wurde von der Oberpolizeidirektion richtig aufgefaßt und sie erließ einige Tage darauf Befehle, demzufolge die „Lilie“ in das Verzeichniß der den Polizeibeamten verbotenen Lokalitäten einzutragen sei. Damit nicht etwa auswärtige Polizeibeamte sich in die „Lilie“ vertreten könnten, wurden auch die Oberpostdirektionen in Köln, Aachen und Erfurt in Kenntnis gesetzt. Damit ist das Menschenmitleid gethan, das Stephansjünger vor dem Sozialismus-Basilus zu bewahren und — den Wirth zu strafen. Man darf einigermaßen neugierig sein, bemerkte die „Frankl. Blg.“, was die Nationalliberalen sagen werden, wenn man sich erinnert, daß die beiden nationalliberalen Landtagsabgeordneten von Frankfurt bei der letzten Landtagswahl den neuen Saal der Bornheimer „Lilie“ einzuhauen hofften, um in Bornheim für ihre Sache Stimmung zu machen.

Die Beschleunigung der Strafsachen liegt dem neuen preußischen Justizminister sehr am Herzen. Er erläßt im „Justizministerialblatt“ eine diesbezügliche Verfügung vom 14. Dezember. Diese Strafsache sei mehr oder weniger als Eilsache zu behandeln. Das gebietet die Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität, das Interesse aller Beteiligten und der Strafjustiz. In allen Abschnitten des Verfahrens sei, soweit es das Gesetz gestattet, die Feststellung naher Termine und kurzer Fristen zu erstreben, um den Vorwurf zu entkräften, daß der Betrieb den tatsächlichen Anforderungen des Gemeinwohls und dem Ansehen der Rechtsordnung nicht entspreche.

Dass die Sozialdemokratie auf die polnische Bevölkerung Einfluß gewonnen hat, muß nun auch die Zentrumsprese zugeben. Die „Köln. Volks-Blg.“ stellt eine Betrachtung über die Wahlausichten im Kreis Wongrowitz-Mogilno-Zlin an, deutet auf den Gegensatz zwischen der politischen Volkspartei und Hofpartei hin und sagt: „Den einzigen Vorteil von der Volkspartei hat nur die Sozialdemokratie, denn für die demokratischen und revolutionären Mitglieder der polnischen Gesellschaft ist die Volkspartei eine Zwischenstation, auf der diese Elemente sich kurz Zeit aufhalten, um sich dann direkt in das Lager der Sozialdemokratie zu begeben. Dauernder Bestand wird die Volkspartei nicht haben und ebensoviel auch vorübergehend größerer Einfluß gewinnen. Der Theil ihrer Anhänger befreit sich allmählich zur Sozialdemokratie und der andere begiebt sich stets wieder zurück in das Lager der Hofpartei zurück.“ Dass unsere polnischen Genossen die Sachlage entsprechend ausnutzen und die sozialistische Propaganda in immer weiteren Kreisen tragen, ist selbstverständlich.

Die Verfolgung der Anarchisten läßt sich die Berliner Polizei schon gegenwärtig — ohne Umschwege — sehr angelegen sehen. Das Blatt derzeit, der „Sozialist“, ist am Freitag abermals beschlagnahmt worden und zwar wie es heißt, wegen des Artikels „Ein unerhörter Gewaltakt“, in dem die Vorgänge bei der letzten Konfiskation der Geschäftspapiere der Zeitung erzählt werden.

Man soll sich indeß Freitag nicht damit begnügt haben, den „Sozialist“ nur in der Expedition zu konfiszieren, sondern soll auch den Zeitungsporträts die von diesen angekauften Exemplare weggenommen haben, ebenso wie auch in den öffentlichen Legebalken die tragische Nummer des „Sozialist“ konfispiert werden soll.

In der Angelegenheit der auf der Festung Magdeburg in Haft befindlichen Oberfeuerwehrschüler gelangen nur sehr spärliche Nachrichten in die Öffentlichkeit. So erfährt das „Berl. Tagebl.“, daß die sämtlichen Sachen und Würstchen entlassen und zu ihren Regimentern zurückgekehrt worden sind; ferner, daß die in Berlin in Militärarrest untergebrachten Gefangenen jetzt ebenfalls in Magdeburg sich befinden. Über den Stand der Untersuchung ist absolut nichts zu erfahren, und Niemand weiß, wann und wie die Entscheidung ausfällt wird. Inzwischen stehen die Schüler der jüngeren Abteilung in der Ausbildung unter der strengen Disziplin, und von den vielen Freiheiten, deren sich die Jünglinge der Ausbildung früher zu erfreuen hatten, ist nicht mehr die Rede. Das geringste Vergehen wird unanständig bestraft.

Ein neues Reichstagsmandat ist vakant. Der Vertreter für den Wahlkreis Oelgo-Lud-Johannisburg (S. Gumbinnen), Regierungspräsident Steinmann, ist am 14. d. M. gestorben. Neben den Konservativen haben nur die Freikirchen im Wahlkreis bisher einen stärkeren Anhänger gehabt. Erstere erzielten bei der 1893 Wahl 9255 Stimmen. Daneben wurden noch 2992 nationalliberale und 630 sozialdemokratische Stimmen abgegeben.

Die evangelischen Arbeitervereine haben, wie man aus Bochum meldet, an das Haus der Abgeordneten eine Petition und einen Gesetzentwurf über die Fürsorge für mittellose arbeitssuchende Kinder gerichtet. Die Thatjache, daß sie sich an das preußische Abgeordnetenhaus mit einer Petition wenden, deren Erfolg bestensfalls eine Aenderung der vertrütenen Verpflegungszitationen sein kann, charakterisiert genügend diese „Auch-Arbeitervereine“.

Belgien.

Brüssel, 16. Dez. Den Reichstagswählern freie Eisenbahnenfahrt zu bewilligen, beweist ein von mehreren Mitgliedern der Rechten eingebrochener Antrag. Nach dem neuen belgischen Wahlgesetz ist der Wähler in seinem Wohnbezirk nur dann wahlberechtigt, wenn er in demselben wenigstens seit zwei Jahren seinen Wohnsitz hat; andernfalls muß er sein Wahlrecht in seinem früheren Wohnsitz ausüben, und zwar in demjenigen, in welchem er zwei Jahre vor dem Wahltermin heimisch war. Da das Gesetz den Wahlzwang eingeführt hat, so ergibt die Gesetzesbestimmung für zahlreiche Wähler die Notwendigkeit, am Wahltag in ihre frühere Gemeinde zu reisen. Hunderte Wähler haben an den Wahltagen von einem Ende des Landes an's andere sich geben müssen, um ihrer Wahlmöglichkeit zu genügen. Nun sind diese Wahlkreise aber, im Gegensatz zu den Eisenbahnenfahrten der Abgeordneten zwischen ihrem Wohnort und Brüssel, keineswegs gratis, sondern müssen vom Wähler bezahlt werden. Deshalb wurde der Antrag eingebrochen, laut dem die Wahlkreise künftig kostenfrei auf allen Bahnen des Landes erfolgen sollen. Als Fahrtkarte würde der amtliche Wahlberufungszettel dienen, den jeder Wähler in der Woche vor dem Wahltag von der Ortsbehörde seines Wahlortes zugekauft erhält. Die Regierung versprach, diesem Antrage zuzustimmen.

Holland.

Haag. Der holländische „Sozialdemokratische Bund“, der jüngst vom obersten Gericht als „verböter Verein“ gekennzeichnet wurde, wird am 25. und 26. Dezember in Haag seinen jährlichen Kongress abhalten. Um dabei dem Strafgesetz zu entgehen, ist die Einladung von zwei Personen, dem früheren Vorstand und Schriftführer des Zentralrates, unterzeichnet und an die „früheren Mitglieder“ des Bundes gerichtet.

Italien.

Rom, 16. Dez. Die Kommission, die zur Prüfung der von Giolitti der Kammer vorgelegten wichtigen Schriften gewählt war, veröffentlichte nunmehr ihren Bericht. Der selbe umfaßt 30 Seiten und enthält 20 Abschriften von Dokumenten, die sich auf den Banca Romana-Prozeß beziehen. Es befindet sich darunter eine Anweisung Tanlongo's für Crispi über 50 000 L. drei Wechsel des legeren Endes des Landes an's andere sich geben müssen, um ihrer Wahlmöglichkeit zu genügen. Nun sind diese Wahlkreise aber, im Gegensatz zu den Eisenbahnenfahrten der Abgeordneten zwischen ihrem Wohnort und Brüssel, keineswegs gratis, sondern müssen vom Wähler bezahlt werden. Deshalb wurde der Antrag eingebrochen, laut dem die Wahlkreise künftig kostenfrei auf allen Bahnen des Landes erfolgen sollen. Als Fahrtkarte würde der amtliche Wahlberufungszettel dienen, den jeder Wähler in der Woche vor dem Wahltag von der Ortsbehörde seines Wahlortes zugekauft erhält. Die Regierung versprach, diesem Antrage zuzustimmen.

Seit vielbesprochenen Brief Cripei's an Reinach, worin 50.000 Franks verlangt wurden; diese 50.000 sollen Honorare für Adelsfahrt-Geschäfte gewesen sein. Der Bericht, der noch weitere, Cripei und seine Frau betreffende Bemerkungen enthält, hat in politischen Kreisen großen Eindruck gemacht.

Spanien.

Madrid, 15. Dezbr. Ein schöppöllnerischer Abgeordneter beantragte in der Kammer die Erhöhung der Goldzölle. Trotz Widerspruches des Finanzministers beschloß die Kammer, den Antrag in Erwügung zu ziehen. Infolge dieser Abstimmung reichte der Finanzminister sein Entlassungsgebot ein. Die Minister hielten nach der Sitzung einen Plenarierrath ab.

Amerika.

Chicago, 15. Dezbr. Der Bundesrichter verurteilte Debb's, sowie drei andere Führer des Eisenbahnenstreiks vom Juli d. J. wegen Rücksichtslosigkeit des gerichtlichen Beschlusses, den Zugverkehr nicht zu behindern, zu drei Monaten Gefängnis.

Gewerkschaftliches.

— Die Differenzen in der Kasseler Schuhfabrik sind beigelegt.

— Heulich wurde behauptet, daß in der Mecklenburgischen Waggonfabrik in Güstrow sämtliche Straßen leicht seien. Wie jedoch aus einer Annonce in der "Berl. B.-Z." hervorgeht, ist die Straße noch eisig auf der Suche nach Arbeitern. Wenn auch der Streik von den Arbeitern ausgegangen ist, ersuchen wir doch um Fortsetzung des Zugangs nach wie vor, um die Fabrikleitung zu zwingen, die noch in Güstrow vorhandenen Kräfte einzufallen.

Aus Stadt und Land.

Bant, 18. Dez. Am nächsten Donnerstag findet eine Gemeinderatssitzung in Bütow Brumunds Wirthshaus statt, in welcher folgende Tagesordnung erledigt werden soll: 1) Goldberg betreffend, 2) Bericht der Revisoren für die Gewerbe- und Armensteuer.

Wilhelmshaven, 18. Dezbr. Der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts, v. Hollmann, ist entgegen der neulichen Nachricht nun doch eingetroffen und hat die Deputation des "Wohlfahrtsausschusses" in Audienz empfangen. Wie wir vorausgesagt, war S. Excellens sehr huldvoll und hat, wie uns gesagt wird, versprochen, für das Wohl der Stadt alles zu thun, was in seinen Kräften steht. Es soll auch — was wir jedoch bezweifeln — bindende Versprechungen hinsichtlich der Überführung von Schiffen von Riel nach Wilhelmshaven gemacht haben. An der Audienz haben auch der Herr Bürgermeister und der Reichstagsabgeordnete Kruse teilgenommen.

Wilhelmshaven, 17. Dezember. Auf der R. Werft haben vier Arbeiter, welche 25 Jahre dortfeldst beschäftigt sind, eine Weihnachtsgratifikation von 100 Mark erhalten.

Wilhelmshaven, 18. Dez. (Von der Marine.) Das Konvoibed. "Hyäne" ist am 15. Dezember in San Domingo eingetroffen und am 17. Dezember nach Kamerun in See gegangen, dergleichen ist das Schulschiff "Stein" am 17. Dezember in Alexandria eingetroffen und befindet sich, am 7. Januar 1895 nach Syrinya in See zu gehen. — Die Marodierfeste ist gestern Nachmittag von ihrer zehnjährigen Uebungsfahrt in Riel eingetroffen.

Lever, 17. Dezember. Das gehörzogliche Amt erlässt folgende Bekanntmachung, bezüglich des Umtausches der Ueitungskarten aus dem Jahre 1891: Die Betheiliger

werden darauf aufmerksam gemacht, daß die noch im Gebrauch befindlichen Ueitungskarten für die Invaliditäts- und Alters-Versicherung aus dem Jahre 1891 bis zum Schlus des Jahres 1895 beim unterzeichneten Amts umzutauschen sind, währendfalls diese Karten ihre Gültigkeit verlieren. Die abzugebenden Karten müssen mindestens mit 47 Marken — eventuell sind für die fehlenden Marken Doppelmärkte einzuleben — beladen sein, damit nicht die Verhälter die Ansprachen auf die Renten, soweit die Wartezeit bis 1. Januar 1895 in Betracht kommt, verlieren.

Oldenburg, 16. Dezbr. Wozu das Umsturzgesetz?

— so kann man billig fragen, wenn man die Verhältnisse betrachtet, welche unter unsre Zeitungskarteure verhangt worden. Die ganze Behandlung der Beleidigungslagen, lofern Arbeiterblätter, politisch und gewerkschaftlich, in Betracht kommen, zeigt den Ausnahmefall, unter welchem sich diese Arbeiterpresse befindet. Wir haben es ja wiederholt beim "Nordde. Volksbl." gehabt, daß die Staatsanwaltschaft die Verfolgung angeblicher Beleidigungen Privater als im öffentlichen Interesse für geboten hielt, wo wir mit unserem beschränkten Unterthanenverband ein solches öffentliches Interesse nirgends erkennen konnten. Bezeichnend für diese schnelle Behandlung der Arbeiterpresse ist wieder das allgemeine Vorhaben gegen den Redakteur des Organs der Glasmacher, "Der Fachgenosse", Genosse Horn zu Löbau. Derselbe hat in dem allgemeinen Kettentreiben der Hüttenarbeiter gegen die organisierten Glasmacher, die lebhaften fränkisch vertreten und dem Direktor und Inspektor der Dresden Glashütte einige recht bittere Pillen zu kosten gegeben. Wegen Beleidigung des Letzteren hat Horn nur 5 Monate Gefängnis erhalten. Die Beleidigungslage des Direktors der Dresdener Hütte schwächt noch. Diese Klage ist im öffentlichen Interesse erhoben, wie auch eine Klage des Direktors Schulze von der hiesigen Glashütte. Es wird jedermann einsehen, wie notwendig es ist, daß der Staatsanwalt sich der armen, uneigennützigen, demütigen und schwachen Direktoren annimmt. Das muß schon ein umsturzlicher Sozi sein, der es nicht einfiebt. Damit ist aber die Zahl der Schändbuben Horn's, die getrochen werden müssen, noch nicht zu Ende. Das Ministerium zu Oldenburg hat auch wegen Beleidigung des Gendarmerie-Anstalts erheben lassen. Wenn nun die Richter die Krankung, welche den drei letztgenannten Klägern angehört zu Thiel gemordet, ebenso jämmer ahnden, wie in dem Falle des Fabrikantenpaares, dann wird für den armen Horn ein Jahr Gefängnis sehr leicht herauswringen. Ob er durchaus geheftet werden wird, ist freilich mehr wie zweifelhaft. Die Männer der heutigen Ordnung der Dinge empören sich immer, wenn wir Sozialdemokraten uns über Klassenjustiz beschweren. Wenn sie noch Unterscheidungserfordern belächeln und nicht in Klassenvorurteilen stecken bis über die Ohren, würden sie unsere Klage aufmerksam prüfen und dann finden, daß wir recht haben. Ein Beispiel: Vor mehreren Jahren hat in einer oldenburgischen Gemeinde ein notorischer Verleumder den Gemeindemeister in der unberührten Weise beleidigt durch den Vorwurf der Beschränktheit u. s. w. Es kostete Mühe, die Staatsanwaltschaft zur Verfolgung des Beleidigers zu bewegen und als es geschah, erhielt der Angeklagte für eine ganze Reihe der schwersten unwahren Beleidigungen und Verleumdungen die horrende Strafe von — 30 M. Damit vergleiche man die Urtheile gegen Horn, Jürgens u. a. Wir könnten zahlreiche, diesem Falle ähnliche, Beispiele vorführen, wollen uns die Aufzählung aber noch

aufsparen, die kommende Zeit wird uns Gelegenheit genug dazu geben.

Oldenburg, 17. Dez. Wie notwendig es ist, daß Oldenburg entweder ein eigenes Gewerbebeschlegergericht erhält oder dem unferigen einverlebt wird, zeigt wiederum folgender Fall. Wie während des Glasmacherstreits, so findet auch jetzt noch die Streitfälle zwischen den Arbeitern und der Direktion an der Zugesortnung. Vorige Woche aus wurde ein Glasmacher plötzlich ohne Rücksicht entlassen, und da ihm gleichzeitig verboden wurde, das Hüttenamt wieder zu betreten, mußte er auf den noch rückständigen Lohn und auf Entschädigung der Abniedigungsklage klagen. Im Südbetriebsteil beim Gemeindemeister ließ er sich durch Genosse Ruf vertreten, dem er selbstredend eine Vollmacht gab. Der Vertreter der Direktion, der Schreiber Harms, erklärte aber mit Empfinden, daß er Ruf nicht als Vertreter anerkenne, weil dieser die Sache gewerkschaftlich betreute und dafür belohnt werde. Auf diesen faulen Einwand etwas zu geben, ließ sich der Gemeindemeister verleiten. Ruf wurde empfohlen, erneute Beschwerde beim Amtsgericht zu erheben. Ruf erklärte, daß er dies in geeigneter Weise thun werde und meinte, der Gemeindemeister möge dafür sorgen, daß Harms das nächste Mal mit einer ländlichen Vollmacht vertrieben sei, andernfalls er ihn als Vertreter der Direktion nicht anerkenne. Harms hatte nämlich eine solche nicht und der Gemeindemeister glaubte sich damit aufzureden geben zu müssen, daß der Direktor Schulze ihm einmal mündlich erklärt habe, Harms sei sein Vertreter! Ruf hat inzwischen beim Amtsgericht eingereicht und dieses hat, indem es meinte, daß auf Oldenburg sonderbare Zustände herrschen müßten, bereits die nötigen Schritte gethan. Ein eigenartiges Bild wird es aber auf das Osterherbstfest, wenn es zu läuft, daß der Schreiber Harms ohne Vollmacht den ordnungsmäßigen beauftragten Ruf ablehnen konnte. Wir empfehlen dem Genossen Ruf, den Harms wegen Beleidigung zu verklagen. Dennoch, wenn die Direktion der Glashütte mit solchen kleinstlichen Mitteln fortfährt, zu kämpfen, muß man schließlich mit gleichem Wege beimessen und auf einen Schlemm anderbald fegen.

Oldenburg, 16. Dezbr. Die Verkehrs-Einnahmen der Oldenburgischen Eisenbahnen (ausließlich Oldenburg-Wilhelmshaven) betragen nach vorläufiger Ermittlung: im November 1894 481 292 M., im November 1893 443 357 M., Mebremnahme 1894 37 935 M.; vom 1. Januar bis Ende November 1894 5 556 132 M., vom 1. Januar bis Ende November 1893 5 081 337 M., Mebremnahme 1894 474 795 M. Für die Wilhelmshaven-Oldenburger Eisenbahn wurden nach vorläufiger Ermittlung vereinbart: im November 1894 77 277 M., im November 1893 70 249 M., Mebremnahme 1894 7028 M.; vom 1. Januar bis Ende November 1894 939 048 M., vom 1. Januar bis Ende November 1893 862 542 M., Mebremnahme 1894 76 506 M.

Marktbericht

vom Sonnabend, den 15. Dezember 1894.

	Mt.	Mt.
Schweinefleisch	0,60	Grieben 1 Pfund 0,10
Rindfleisch	0,60	Kopf, 5 Liter 0,60
Hammetfleisch	0,60	Spiebeln 5 Liter 0,70
Kalbfleisch	0,70	Spiebeln 1 Bd. — Hühner, Stück 1,50
Kartofolein 25 St.	1,20	Wurzel 5 Liter 0,25
Gitter der Stieg	1,40	Stedtrüben, St. 0,05
Butter per Pf.	1,00	Rebdünnen 3 Bd. — Hähnchen per Stück 4,00
Weißkohl, Kopf	0,20	Rettiggrüben 3 Bd. — Rüben, Stück 0,05
Kohlrabi, Kopf	0,25	Rechte Beeten 3 Bd. 0,40
Bohnen 1 Pfund	—	Suppentkaut, Bd. 0,05
		Würzen 5 Liter 0,40
		Girkchen per Pf.

Wir machen auf unsere Schaufenster aufmerksam!
Dieselben enthalten eine reiche Auswahl neuer praktischer Gegenstände.
Wulf & Francksen.

Ich

habe eine neue noch nicht gebrauchte
seine Möbel-Einrichtung gegen
gleich baare Zahlung billig zu ver-
kaufen, auch getheilt.

H. J. Hemmen,
Königstraße 11.

Pfeifen
lange, halblange und kurze
in großer Auswahl empfohlen
G. Buddenberg,
Marktstraße 27.

◆ Christbaum-Untersatz mit Musik ◆

empfiehlt billigst

A. Kuhlmann, Bismarckstraße 19a.

Zur Küderung
von Husten, Heiserkeit u. s. w. empfiehlt
als wirksamste und beste Mittel:

Emser Pastissen
Sodener Pastissen
Salmiak-Pastissen
Malzextract-Bonbons
Abein. Traubens-Bruslikonig
Kaiser's Bruslikaramellen
Zwiebel-Bonbons.

Drogerie zum Rothen Kreuz,
Werftstraße 10.

Succade, Vanille

Weizenpuder

Cremortartari

Puddingpulver

la. Citronenöl

Citronen

Sämmtl. Gewürze

in hochfeiner Qualität, ganz und
garantiert rein gemahlen, empfiehlt

W. Wadsworth,

Augusta-Drogerie, Marktstraße 27.

L.-Nr. 495 G.-Nr. 1, Q.-Nr. 77
G.-Nr. 3, L.-Nr. 488 G.-Nr. 5,
Q.-Nr. 261 G.-Nr. 2, L.-Nr. 257
G.-Nr. 4.

Kopperhörner Weg 6.

Haar-Uhrketten

Haar-Halsketten

Haar-Armänder

Haar-Broschen

Haar-Ringe usw.

werden angefertigt bei

B. Nolle, Bismarckstr. 7.

Die Geschichte des Sozialismus

Hest 20 Pf.

G. Buddenberg.



722 Echt Nürnb. Lebkuchen
Nürnberger Konfekt
Wall- und Haselnüsse
Krachmandeln
Paranüsse
Apfelsinen
Tannenbaumschmuck
Biscuits
Chokoladen etc.
empfiehlt

W. Wachsmuth,
Augusta-Drogerie, Marktstraße 27.

Violinen
Bögen
Wirbel
Steg
Saitenhalter
Violinkasten
Notenpulte
Trommelfelle
Clarinettenblätter
Clarinettenpolster
Saiten
Haarbezüge
Colophonium
Tanzbänder
empfiehlt

Carl Beilschmidt,
Neue Wilhelmsh. Str. 44.

Nur bis Weihnachten
Ausverkauf
sämtlicher
Wollsachen
zu heruntergesetzten Preisen.

Th. Schmidt,
Börsenstraße 24.

Zum bevorstehenden Feste
empfiehle meine hochfeinen
Braunschw. Conserven
wie Schnittbohnen, Brechbohnen,
Spargel, Erbsen, Mixed Pickles
Champignons etc.

W. Wachsmuth,
Augusta-Drogerie, Marktstraße 27.

Waaren-Haus
B. H. Bührmann.

Großes Lager
in halbleinen und
reinleinen

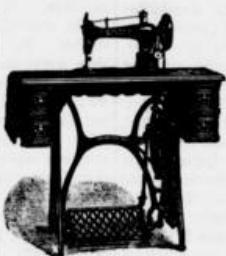
Tischzeugen:

Servietten von 25 Pf. an.
Tischtücher von 65 Pf. an.

Theegedecke
weiß mit bunter Kante, mit
6 Servietten
1,75 Mark.

Für den Weihnachtsbaum!

Sehr hübsche Auswahl in
Chocolade, Marzipan, Baumbehang, Bonbons etc.
Die Preise sind billigst gestellt und bitte um zahlreichen Besuch.
W. H. Renken,
Wilhelmshaven, Bismarckstraße 59.



Die
Original Singer Nähmaschinen
bisheriger Verkauf über 12 Millionen
erfreuen sich in Folge ihrer mustergültigen Konstruktion,
ihre vollendet mechanischen Ausführung wie ihrer
schönen, praktischen Ausstattung, einer immer mehr
steigenden Beliebtheit und Verbreitung, und eignen
sich für jedes Haus, für jede Familie, als gern ge-
sehene, beste und nützliche

Weihnachtsgabe.

Verkauf gegen begrenzte Zeitabslüsse. Bei Kaufzahlung 10% Rabatt.
Gratis-Unterricht auch in der modernen Kunststickelei.

G. Neidlinger, Neue Wilhelmsh. Str. 69.

J. Diermann, Oldenburg.

Zu den bevorstehenden Feiertagen bringe ich mein
Tabak- u. Cigarren-Geschäft
in empfehlende Erinnerung.

Neue Sendung und große Auswahl in
langen u. kurz. Pfeifen, Cigarrenspitzen, Portemonnaies etc.

Bilderbücher in großer Auswahl.

Ferner mache ich aufmerksam auf mein großes Lager in
Slipsen und Kravatten
in den modernsten Stoffen, zu allerbilligsten Preisen.

J. Diermann.

Gasthof zum Banter Hof.

Zu den bevorstehenden Feiertagen empfiehle einem geehrten
Publikum sowie allen Freunden und Hörnern meine Gastwirth-
schaftsräume angelegenstlich.

Gleichzeitig empfiehle in großer Auswahl

Arac, Rum, Punsch,
Rosen-Liqueur u. s. w.

In Zigarren etwas ganz Großartiges.
Hochachtungsvoll

C. H. Cornelius, Bant,
am Markt.

— Grosses Lager: —
Barometer

mit und ohne Thermometer,
Brillen, Kneifer, Lesegläser u. Lupen.
A. Kuhlmann, Bismarckstraße 19a.

Waaren-Haus
B. H. Bührmann.

Nur bis Weihnachten!
Damen-Hemde
aus gutem Hemdentuch, mit
Spitze besetzt,
pr. Stück 60 Pf.

In extrafeinen Qualitäten
und eleganter Ausführung
große Auswahl
zu sehr niedrigen Preisen.

Zu Weihnachten

empfiehlt:
Braune und weiße mecklenburgische

Pfefferminze

— sehr geschmackvoll —
weisse à Pfund 60 Pf.
braune à Pfund 50 Pf.
bei Abnahme von 10 Pfund entsprechend
billiger. Täglich vom Brodwagen zu kaufen.

H. Schultz,
Bäckermeister — Kopperhörn.

Trauerhalber
ist morgen Mittwoch mein Geschäft den
ganzen Tag,
bis 6 Uhr Abends,
geschlossen.

E. Janssen, Schuhmacher,
Neue Wilhelmshavener Straße.

Verlobungs-Anzeige.

(Statt beiderseiter Anzeige.)
Als Verlobte empfehlen sich:
Anna Höcker
Joseph Heinrich.
Deppens. 16 Dez. 1894. Bant.

Todes-Anzeige.

Gestern Nachmittag 4 Uhr ent-
schied nach kurzem, aber schwerem
Leiden unsere liebe Tochter

Adele

im ganzen Alter von 11 Monaten,
was wir tief betrübt zur Anzeige
bringen.

Newbremen, 18. Dezbr. 1894.

G. Heiken und Frau.

Die Beerdigung findet Donners-
tag, 20. Dezember, Nachm. 2½ Uhr,
vom Trauerhause, Grenzstraße 36,
aus statt.

Todes-Anzeige.

Heute Nachmittag 3 Uhr verschied
unser liebes Töchterchen

Charlotte

im ganzen Alter von 3 Wochen und
5 Tagen. Dieses bringen tief betrübt
hiermit zur Anzeige

E. Janssen und Frau

nebst Sohn.



Beilage zu Nr. 294 des „Norddeutschen Volksblattes“.

Bant, Mittwoch den 19. Dezember 1894.

Aus einer kleinen Stadt.

Spießbürgergeschichten von Lars Dilling.
(Aus dem Norwegischen von Georg Schirner.)

II) Zweite Abteilung.
Ein falscher Prophet.

I.

Frau Samuelson und Frau Hildemann waren, wie wir wissen, seit dem Tage, wo S. M. der König sich 20 Minuten in der Stadt aufgehalten — bei welcher Gelegenheit die kleine, dicke Frau Samuelson von der städtischen, aristokratischen Frau Hildemann überall in den Salons gestellt wurde — geschworene Feindinnen. Die Folge hierzu war, daß, was uns ebenfalls bekannt ist, Hildebrandt seines Postens an der Sparkasse entbunden wurde.

Von diesem Tage ab schienen die beiden Damen — in ihrer beiderseitigen Augen — wie in einem Unschärfemantel gehüllt, sobald sie im bürgerlichen Sinne des Wortes für einander nicht existierten; wenn sie auf der Straße oder in Gesellschaft einander begegneten, war der Platz, den Frau Hildemann einnahm, für Frau Samuelson ein leerer Raum, während Frau Hildemann's schwarze Augen so gleichmäßig und fast auf den Frau des Konsuls ruhten, als wäre sie nichts als eine Wolke.

In kleinen Städten, wo die Menschen aufeinander grapscht sind wie Hörtinge, sind solche Zivilitätsfeinden sehr langwollig, nicht nur für die Verhetzten, sondern auch für ihre Familien. Es wurden also von allen Seiten Versuche in's Werk gesetzt, um eine Versöhnung herbeizuführen. —

Es war nun ein Jahr seit diesem unglücklichen Königsbesuch verflossen; die Bäckereien mit ihren Bällen und Festivitäten stand vor der Thür und beide Damen fanden es, offen gesagt, auf die Dauer auch ein wenig langwollig, gegenseitig so die Unschärben zu spielen.

Da wurde es plötzlich Mode in der Stadt, religiös zu sein, d. h. man war schon immer religiös gewesen, wurde es jetzt aber auf andere Weise; man dachte jetzt an nichts anderes, als an Bibelvorlesungen und an Bazar's für religiöse Zwecke.

Man sang an, sich um die Erziehung der armen Heidenkinder zu kümmern, die in den letzten zwölf Jahren.

ein einziges Paar wollener Strümpchen bekommen hatten, und die Gedanken schweiften nach den tropischen Palmen gegenüber, wo die unglücklichen schwarzen Seelen in sorgloser Unwissenheit über die Notwendigkeit des Gebrauchs von Feigenblättern sich befanden, und wo das Verzieren von Weib und Kindern mit pilanter Sauce und gebasteten Käntanen für die bequemste Art, seine Familie zu versorgen, angesehen wird. —

Das Missionarwesen, das ganz almodisch geworden war, kam wieder in die Mode, denn es war ein neuer Apostel aufgestanden, der Interesse für sich zu erwecken wußte. Es geht hiermit gerade wie mit zeitweise vom Repertoire verschwundenen Theaterstücken, die auf's Neue mit Beifall aufgenommen werden, sobald nur ein Aktor von Namen die Hauptrolle übernimmt. Und — der Missionar Salvesen war ein ausgesuchter Schauspieler.

Er war kurz zuvor unter stürmischem Beifall in der Hauptstadt aufgetreten.

Alte, graubärtige Männer hatten gesiekt wie Kinder, Damen waren in Ohnmacht gefallen, bühnende Magdalenen hatten sich um ihre gedrängt, um einen Zipfel seines Kleides zu fassen, und wenn er vom Predigtstuhl stieg, hätte es Niemand verwundert, wenn er, anstatt seinen Mantel um sich zu schlagen, ein Paar Flügel entfaltet hätte und zum Himmel aufgeslogen wäre.

Die patriotische Frau Samuelson, die stets dafür sorgte, daß das kleine Städtchen, in welchem sie wohnte, überall mitihm konnte, ergriß freudig diese Gelegenheit, einige Abwechslung in das langwollige, einländige Alttagsschaffen zu bringen, und schrieb an den Apostel, ob er nicht kommen wolle, um etwas Anregung in das geistige Leben der Stadt zu bringen, was zugleich auch die Missionarstafte füllen helfen werde.

Der Apostel antwortete, es sei eine große Ehre für ihn, wenn er die verlorenen Seelen in der Stadt auf den rechten Pfad zurückführen könnte, und daß er — "wenn Gott will" — die nächste Woche kommen werde.

Frau Samuelson machte nun eifrig Besuch bei den Damen, um dem neuen Messias einen würdigen Empfang zu bereiten.

Sie hielt dafür, daß sie verpflichtet sei, auch an das

Seelenheil Frau Hildemann's zu denken und sie also von der Fehlkommunikation nicht ausschließen dürfe.

Sie wurde mit sich eins, daß es edel und christlich sei, den Hildemanns all den Verdruss und das Unrecht, das sie ihr bereitet, zu vergeben, und das ist etwas, wozu Menschen in der Regel am allerwenigsten genötigt sind.

Es ist damit wie mit Dienstmädchen, die sich fast immer tief beleidigt zeigen, wenn sie Madames Porzellan zerbrochen haben.

Patric Mathiesen unternahm es, als Vermittler aufzutreten und zu bewerkstelligen, daß keine der beiden Damen den ersten Schritt zu thun brauchte.

Wie zufällig trafen sie einander in seinem Studierzimmer.

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

— Der 80jährige Kunstmaler muß — verhungern. Ein "Hilferuf" in der "Magdeburger Theater-Reform" giebt Stoff zu einem sozialen Drama aus dem Künstlerleben. Ein 80jähriger Kunstmaler, Namens Dr. Jul. Frank, der von dem Künstler Friedrich Haase als einer der ersten Regisseure und Lehrer der Schauspielkunst bezeichnet wird, ist jetzt im Greisenalter vor die Alternative gestellt: Verhungern oder Selbstmord. Die bürgerliche Gesellschaft, die durch seine Kunst sich so viele gemütliche Abende verschaffte, hat nichts für den greisen Künstler übrig. Wie elend es mit ihm steht, ist aus einem Dankesbrief zu erkennen, aus dem hervorgeht, daß er schon jetzt eines geheizten Zimmers und Abends des Lichts entbehren muß . . . "Ausharren will ich, bis die Witterung in strengere Rüste umschlägt, dann aber im Vertrauen, daß mir im Jenseite Gottes Barmherzigkeit verzeihen werde, hinübergeben, falls seine Gnade mich nicht schon zuvor — wie ich ihn ansiehe — aus dieser Bedrängnis von hinten rufe . . ." Das soll das Ende eines deutschen Schauspielers, eines Mannes sein, der einst bessere Tage fuh, zu jener Zeit, als er am Hoftheater in Potsdam engagiert, der erste Regisseur des berühmten Friedrich Haase war?" fragt sein Freund F. Eisfeld, der für ihn bittet, um eine Kleinigkeit bittet, die die "Theater-Reform" entgegennimmt.



Holzauktion.

Im Forstrevier Jever sollen
Freitag, 21. Dezember,
 öffentlich meistbietend verkauft werden:
 a. im **Fichtenholz:** 2 fm Fichten,
 Sparren, Latten;
 b. im **Strühh:** 24 fm Eichen, 6 fm
 Buchen, 1 fm Birken, Blöcke, Nutz-
 und Brennholz, 20 fm Fichten,
 Ballen, Sparren, Latten;
 c. im **Braunenberg:** 80 fm Eichen,
 5 fm Buchen, Blöcke, Nutz- und
 Brennholz, 3 fm Fichten, Rinde und
 Baumstäbe, 2 fm Haseln, Erbsen-
 sträucher;
 d. im **Hirschloß:** 15 fm Föhren,
 Ballen, Sparren, Brennholz.
 Käufer versammeln sich Morgens 10 Uhr
 bei Nr. 1 der Fichten im Fichtenholz.
 Amt Jever, 28. Novbr. 1894.

Zedelius.

Bekanntmachung.
 Das Auflösen und Kratzen
 der von dem Unternehmer
Schlenker herzustellenden
 Wege diesseitiger Gemeinde
 wird hierdurch bei Vermeidung
 gesetzlicher Nachtheile streng-
 stens untersagt.

Heppens, 13. Dez. 1894.
 Der Gemeindevorsteher
 Athen.

Bücher

aller Art werden sauber eingebunden
 sowie auch Bilder eingerahmt von

G. Bonenkamp,
 Buchbinder,
 Bant, Werftstrasse 13.

Verkauf.

Mittwoch den 19. Dezember
 werden im Saale des Wirths Krause
 zu Bant, um 2 Uhr anfangend:
**eine Partie Spielsachen,
 Cigarrenspitzen, Pfeifen
 und Cigarren**
 gegen Baarzahlung billig verkauft
 werden. — Kaufliebhaber werden
 eingeladen.

Empföhle meine verschiedenen Sorten
helle und dunkle Biere
 aus der Dampfbrauerei von Th. Ketteler
 in Jever, in Gebinden von 10—100 Liter.

Bayerisch Bier
 aus der Freiberti Tucher'schen Brauerei
 in Nürnberg. — Altbier von B. Gram-
 berg in Barel. — Doppel-Braunbier von
 B. Haslinda in Oldenburg. — Sellerwasser
 und Brause-Limonade von F. Duben in Jever.
Cigarren in bester Qualität
 von M. 3—15 pro 100 Stück. — Wieder-
 verläuf. ein hohen Rabatt.

R. Herbers, Bierverleger

Banter Schloss.

Eine große Auswahl im
Woll-Herrenwesten
 vollständig groß
 von Mk. 1,75 an.

Th. Schmidt,

Börsestraße.

Warnung.

Ich warne hierdurch Ledermann, meiner
 Frau etwas zu borgen, da ich keine Zah-
 lung mehr leiste.

H. Kornrumpf, verl. Roonstr.


Mein
 außerordentlich reichhal-
 tiges Lager vorzüglich
 gearbeiteter Winter-
 Ueberzieher und gedi-
 gener Anzüge wird all-
 wöchentlich frisch er-
 gänzt und empföhle ich
 stets das Neueste und
 Beste zu den wohlfeil-
 sten, aber festen Preisen.

Siegmund Oh junior
 Marktstr. 29.

Strengste Reisitität!

Parfümerien u. Toilette-Seifen

in den feinsten Blumengerüchen,
 lose in wunderschönen Kartons,

japan. Kästen

wie **Schmuckkästen, Handschuh-
 kästen** &c., empföhlt

W. Wachsmuth,

Augusta-Drogerie, Marktstraße 27.

Walnüsse
Haselnüsse
Paranüsse
Knackmandeln
Trauben-Rosinen
Feigen
Datteln
Mandeln
 in besonders schöner, frischer Waare
 zu billigsten Preisen bei

W. H. Renken,
 Wilhelmshaven,
 59 Bismarckstraße 59.

Zu verkaufen
ein Seiden-Pudel.
H. Kornrumpf, verläng. Roonstr.,
 im Hause des Herrn Wolt.

Gutes billiges Logis
 Peterstr. 2a, 1 Treppe links.

Verantwortlich für die Redaktion: i. V. Karl Schicht, Druck und Verlag von Paul Hug, beide in Bant.

